

wie eine intensivere Berücksichtigung der Forschung sowie der zeitgenössischen Debatte gewünscht. Stattdessen versucht der Vf. noch die Frage zu klären, ob das Obergericht mit seinen Entscheidungen den Kriegsausbruch begünstigt habe. Da hiervon keine Rede sein kann, hätte der Vf. auf dieses Kapitel auch verzichten können. Insgesamt handelt es sich um eine wichtige Arbeit, die unser Wissen über die Geschichte der Freien Stadt Danzig erheblich erweitert.

Darmstadt

Peter Oliver Loew

Tobias Winter: Die Deutsche Archivwissenschaft und das „Dritte Reich“. Disziplin-geschichtliche Betrachtungen von den 1920ern bis in die 1950er Jahre. Duncker & Humblot. Berlin 2018. 606 S. ISBN 978-3-428-15484-5. (€ 99,90.)

Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage, „wie sich dynamische gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen auf die wissenschaftliche Tätigkeit“ der Archivistik hierzulande ausgewirkt haben (S. 24). Tobias Winter ist dabei bestrebt, „durch die Kombination verschiedener Methoden und Ansätze sowie unter Rückgriff auf bestehende Arbeiten eine umfassendere Geschichte der (NS-)Archivwissenschaft zu erarbeiten“ (S. 20). Ihm kommt es besonders darauf an, „Befunde der Forschungen zu allgemeinpolitischen Entwicklungen auf die Archivwissenschaft zu übertragen beziehungsweise an dieser Disziplin zu überprüfen und Wechselwirkungen zu analysieren“ (S. 30).

Einige der von 1939 an besetzten und der NS-Herrschaft unterstellten Gebiete werden von W. ausdrücklich einbezogen. Dementsprechend geht er auf die schon vor 1933 evidenten Ostausrichtung deutscher Archivare ein, nachdrücklich gefördert von Albert Brackmann (1871-1952), dem von 1929 bis 1936 amtierenden Generaldirektor der Staatsarchive Preußens. Von 1931 an erhielt die „antislawische Stoßrichtung der Ostforschung“ (S. 87) durch die Einrichtung der Publikationsstelle Berlin-Dahlem (PuSte) als Abteilung der Preußischen Archivverwaltung den entscheidenden Schub; seit 1937 veröffentlichte sie *Jomsburg* als wichtigstes Organ der deutschen Ostforscher, das ein Vorläufer der 1952 begründeten *Zeitschrift für Ostforschung* war. Unter der nationalsozialistischen Terrorherrschaft in Osteuropa arbeitete die PuSte verschiedenen dort tätigen Verfolgungsinstanzen zu.

Noch vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war den an der Berliner Archivschule Ausgebildeten auferlegt worden, Polnisch zu lernen. 1933/34 brauchte es zur Gleichschaltung des Archivwesens keinen „umfangreichen und flächendeckenden Druck“, die (Selbst-)Indienststellung für eine politisierte „Archivwissenschaft und Ostforschung schritt zügig voran“ (S. 163). Nachdem „Rasse(n)forschung“ und „Sippenforschung“, zumal die Beibringung sog. Ariernachweise, den Archiven seit 1933 einen „Ansturm“ beschert hatten (S. 493), machte sich in den Staatsarchiven auch die Ausgrenzung jüdischer und ausländischer – insbesondere polnischer und russischer – Nutzer breit.

Die Studie weist zahlreiche Bezüge zu Polen sowie zu Akteuren und Einrichtungen der Ostforschung auf. Der Abschnitt über deutsche Archivare in Polen handelt allerdings fast ausschließlich über das Generalgouvernement; ein Unterkapitel streift Lebens- und Arbeitsbedingungen polnischer Archivare – (polnisch-)jüdische werden nicht erwähnt. Damit wird eine der Schwachstellen der Studie deutlich: Der Vf. hat sich im Wesentlichen auf deutsche Archive und deren Archivalien beschränkt, Archive in Osteuropa hat er nicht besucht, Literatur und Zeitungen in den Sprachen der betroffenen Länder und sogar die Presseorgane und einschlägige Publikationen in den besetzten Gebieten unter deutscher Herrschaft außer Acht gelassen.

Es erschrickt der Mangel an Empathie mit den Opfern der NS-Lebensraumpolitik bei Kurt Dülfer (1908-1973), der im Baltikum tätig war, und bei Wolfgang A. Mommsen (1907-1986), einem späteren Direktor des Bundesarchivs, der dem Antisemitismus verfallen war (S. 279). Aber nicht nur das frühe Personal des Bundesarchivs war nationalsozialistisch geprägt (S. 458), auch die unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers eingerichtete Archivschule in Marburg stand in personeller Kontinuität zum NS-Regime. Die mittelhes-

sische Stadt wurde in den 1950er Jahren zum neuen Zentrum der Ostforschung ausgebaut. Der mit Aufhebung der PuSt^e stellenlose Johannes Papritz (1898-1992) war nach seiner – mithilfe einschlägiger Netzwerke erfolgreichen – Entnazifizierung zeitweilig Direktor des Staatsarchivs Marburg und – ebenso wie Dülfer – Mitbegründer des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrats und Herder-Instituts.¹

In seinen „allgemeinpolitischen“ Ausführungen geht W. von unhinterfragten (überhöhten) Zahlen der „Vertreibung“ aus, wonach bereits unmittelbar im Jahr 1945 „die verbliebenen deutschen Gebiete [...] rund 14 Millionen [...] vertriebene Deutsche aufzunehmen“ gehabt hätten (S. 466). Der Mediävist Henri Pirenne (1862-1935) war nicht Franzose (S. 75), sondern Belgier. Angaben über den Kriegstod von neuausgebildeten Archivaren – „von 16 Archivaren [...] fielen sieben“ (S. 176, 394 f.) – bleiben der Diktion der Quellen allzu sehr verhaftet.

Im Ergebnis hat W. eine klar strukturierte „disziplingeschichtliche“ Darstellung vorgelegt, die das Archivwesen freilich ungleich erfasst, indem sie sich weitgehend auf die preußisch-deutschen Staatsarchive im Nationalsozialismus sowie deren Vor- und Nachgeschichte beschränkt. Sie eignet sich als Einstieg in den Tätigkeitskomplex der Archiv(ar)e im „Dritten Reich“. Der Vf. gibt dabei zahlreiche Anregungen für weitere Forschungsvorhaben. Er bietet darüber hinaus manche Erkenntnis über die vermittelnde Funktion der Archivistik zwischen politisierter Geschichtswissenschaft und deutschen (Okkupations-)Verwaltungen in West- und Osteuropa. Für Letztere besteht allerdings weiterer Forschungsbedarf, der sich auf ein umfassenderes Quellenkorpus stützen muss. In diesem Zusammenhang heranzuziehen wären etwa die – zu einem guten Teil bereits veröffentlichten² – Tagebuchaufzeichnungen von Adam Kamiński, Archivar am Krakauer Staatsarchiv.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

¹ Seine Kurzbiografien in der *Neuen Deutschen Biografie* und in *Wikipedia* sind, was die Zeit des Nationalsozialismus angeht, gleichwohl bis heute verharmlosend.

² ADAM KAMIŃSKI: *Diariusz podręczny 1939-1945* [Handtagebuch], bearb. von ANNA PALARCZYKOWA und JANINA STOKSIK, Warszawa 2001, dazu meine Rezension in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 52 (2003), S. 614-615.

Hanns Christian Löhrr: Kunst als Waffe. Der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg. Ideologie und Kunstraub im „Dritten Reich“. Gebr. Mann Verlag, Berlin 2018. 208 S., Ill. ISBN 978-3-7861-2806-9. (€ 49,-)

Der Kunstraub der Nationalsozialisten hat zwar erst spät Beachtung in der Fachliteratur gefunden, doch werden die Literaturlisten zu diesem Thema zu Recht stetig länger. Nun hat der in dieser Materie bereits sehr erfahrene Hanns Christian Löhrr ein weiteres Werk über den Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR) vorgelegt. Das hier zu besprechende Buch hebt sich von den meisten bisherigen über den ERR vor allem dadurch ab, dass Rosenberg als Chefideologe des NS-Staates und späterer Reichsminister für die besetzten Ostgebiete im Vordergrund steht und seine Machenschaften vor Kriegsbeginn mit einbezogen werden. Insbesondere Konkurrenzen mit Joseph Goebbels und Hermann Göring, aber auch die von ihm geplante Partei-Universität „Hohe Schule“ spielen hier eine Rolle. L. nimmt sowohl Rosenberg selbst als auch dessen Mitarbeiter in den Blick und erörtert Ideologie und Kunstraub in Verknüpfung mit dem Kriegsgeschehen. Hierzu hat er seine Studie in 12 Hauptkapitel gegliedert. Als Quelle zieht L. u. a. die Tagebücher Rosenbergs heran, aber auch die erstmals ausgewerteten Bestände der sog. „Führer-Mappen“ (S. 11), die 71 Alben mit bis zu 40 Fotos von Kunstwerken umfassen, mit denen Rosenberg die Arbeit des ERR gegenüber Adolf Hitler belegen wollte. Besonders hervorzuheben ist auch ein Katalog mit bislang unveröffentlichten Fotos einiger bis heute verschollener Kunstwerke, die den Forschungsstand deutlich bereichern.